

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/10/2025

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Sozialausschusses
am 09.12.2025,**

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:24 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Marie-Luise Bernhardt

Stadtverordnete/r

Frau Ursula Ebert
Frau Inga Jensen-Buchholz
Frau Sophie von Hülsen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Heidenreich
Herr Marten Koop
Frau Silke von Stockum

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Emma Bley
Frau Andrea Krieger
Jules Niehus

Verwaltung

Herr Michael Cyrkel
Frau Tanja Eicher
Frau Jane Jobst
Herr Stephan Lentz
Frau Caroline von Lowtzow
Herr Robert Wendel

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Thomas Denekas
Frau Magdalena Hansen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2025 vom 11.11.2025
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Vorstellung stellvertretende Fachdienstleitung III.2
 - 7.2.2. Gruppenstruktur Kita Schäferweg
 - 7.2.3. Anzahl Aufnahme geflüchteter Personen und Aufnahmequote
 - 7.2.4. Weihnachtshilfswerk
8. Mündlicher Bericht des Peter-Rantzau-Hauses sowie Prüfbericht 2024
9. Weitergewährung der Zusatzmittel für Kindertageseinrichtungen bis 31. Dezember 2026 **2025/121**
10. Finanzierungsvereinbarung für Ahrensburger Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ab 01. Januar 2026 **2025/120**
11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 **2025/084**
 - 11.1. AN/075/2025 - Antrag der FDP-Fraktion zum HH - eigene Unterkünfte für Wohnungslose
 - 11.2. AN/087/2025 - Antrag der CDU-Fraktion zum HH - Austausch Leuchtmittel PRH
 - 11.3. AN/090/2025 - Antrag des KiJub - Platz für Jugendliche **AN/090/2025**

- 11.4. AN/091/2025 - Antrag der SPD-Fraktion zum HH - Schulsozialarbeit
- 11.5. AN/092/2025 - Antrag der SPD-Fraktion zum HH - Jugendzentrum 42
- 11.6. AN/093/2025 - Antrag der SPD-Fraktion zum HH - Austausch Leuchtmittel PRH
- 12. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 12.1. Ausschuss-Sitzungen in Einrichtungen
 - 12.2. Bauwagen / Hagen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Um 19:30 Uhr begrüßt die Ausschussvorsitzende alle Ausschussmitglieder, Gäste so wie die Mitarbeiter der Verwaltung und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Michael Stukenberg hat Anmerkungen bzw. Fragen zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 der heutigen Tagesordnung. Die Vorlage 2025/121 Weitergewährung der Zusatzmittel für Kindertageseinrichtungen bis 31.12.2026 zum TOP 9 findet er gut und hofft, dass der Ausschuss der Vorlage zustimmt. Bei der Vorlage 2025/120 Finanzierungsvereinbarung für Ahrensburger Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ab 01.01.2026 fragt er nach, warum die KITA-Träger neue Vorlagen der Verwaltung verwenden

müssen und nicht am alten Verfahren festgehalten wird. Im Zuge der Vereinfachung durch Digitalisierung und Bürokratieabbau bittet er zudem darum, auch digitale Abfragen zu forcieren.

Die Verwaltung antwortet, dass aufgrund der geänderten Gesetzgebung eine Abfrage nach dem neuen Muster erforderlich ist. Ziel ist der Erhalt von Plan- und Ist-Kostenstände am Ende des Jahres, um dann planbare Daten zu erhalten. Die Potentiale sollen besser ausgeschöpft werden; gleichzeitig wird sich der Fachdienst in der Zukunft noch stärker trägerberatend aufstellen und unterstützend zu Verfügung stehen.

Die neuen Vorlagen werden auch digital zur Verfügung gestellt.

Herr Matthias Bossert aus Ahrensburg erfragt, ob die Finanzierung der Zusatzmittel ggf. über den 31.12.2026 hinaus verlängert werden kann.

Die Verwaltung antwortet, dass das Evaluieren der ermittelten Ergebnisse aus den Rückläufen der Kitas wichtig ist, um das System analytisch zu betrachten und daraus dann neue Maßnahmen zu entwickeln. Eine Finanzierung für einen längeren Zeitraum ohne Anpassungen würde dem widersprechen.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Verwaltung beantragt die Tagesordnungspunkte 11.6 und 11.2 zu tauschen, da der Antrag 11.6 der weitergehende Antrag ist. Gleichzeitig beantragt die Verwaltung den nichtöffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt Sozialkaufhaus zu erweitern. Ein Ausschussmitglied beantragt Herrn Matthias Bossert zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 als sachkundigen Bürger zuzulassen.

Abstimmungsergebnis zum Tausch der TOP 11.6 u. 11.2: alle dafür

Abstimmungsergebnis zur Erweiterung der TO: alle dafür

Abstimmungsergebnis zur Nichtöffentlichkeit: alle dafür

Abstimmungsergebnis zur Benennung eines sachkundigen Bürgers: alle dafür

Ein Ausschussmitglied beantragt, dass über die Anträge zum Haushalt heute keine Beschlüsse gefasst werden.

Die Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen, ob über die Anträge zum Haushalt abgestimmt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 2 dafür (2 Grüne)

5 dagegen (2 CDU, 1 FDP, 1 WAB, 1 SPD)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2025 vom 11.11.2025

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es werden keine Nachfragen gestellt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Es gibt keine Berichte nach § 45 c GO

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Vorstellung stellvertretende Fachdienstleitung III.2

Die Position der stellvertretenden Fachdienstleitung des Fachdienstes III.2 Kindertageseinrichtungen wird zum 01. Januar 2026 nachbesetzt. Die künftige Stelleninhaberin Frau Jobst stellt sich vor.

7.2.2. Gruppenstruktur Kita Schäferweg

Der Kreis Stormarn hat Bedenken bezüglich der Gruppenstruktur im Elementarbereich der Kita Schäferweg im Rahmen einer kreisinternen Überprüfung gegenüber der Verwaltung geäußert. Diese seien nach Ansicht des Kreises nicht mit dem KiTaG vereinbar. Hintergrund der Änderung der Gruppenstruktur zum 01.08.2024 in sog. Kleine Kindergartengruppen war die Förderung der sozialen Durchmischung innerhalb der Kita. Die Verwaltung hält an der sozialen Durchmischung der Gruppen im Elementarbereich fest, da hierdurch erhebliche Verbesserungen in der Bildungs- und Betreuungsqualität erzielt werden. Derzeit ist die Stadtverwaltung mit der Kreisverwaltung im Austausch, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, die die erreichte qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungssituation weiterhin gewährleistet. Etwaige Änderungen werden durch die Verwaltung durch eine entsprechende Beschlussvorlage im Sozialausschuss eingebracht.

7.2.3. Anzahl Aufnahme geflüchteter Personen und Aufnahmequote

Bei der Zuweisungsquote für Asyl/ausländischen Flüchtlingen liegt Ahrensburg per 12/2025 aufgrund des Vorjahresergebnisses bei ./.2

Bei der Zuweisungsquote Ukrainischer Flüchtlinge liegt Ahrensburg per 12/2025 aufgrund des Vorjahresergebnisses bei ./. 21

Per 16.12.2025 werden in Ahrensburg 136 Personen in 2025 als Flüchtlingszuweisungen zugeteilt und untergebracht.

7.2.4. Weihnachtshilfswerk

Beim diesjährigen Weihnachtshilfswerk werden 190 Ahrensburger Haushalte bedacht.

8. Mündlicher Bericht des Peter-Rantzau-Hauses sowie Prüfbericht 2024

Frau Juliane Starke, Leiterin des Peter-Rantzau-Hauses stellt den Jahresbericht 2024 über die diversen Aktivitäten des Peter-Rantzau-Hauses vor. Der Bericht ist als Anlage zu TOP 8 verfügbar.

2025/121

9. Weitergewährung der Zusatzmittel für Kindertageseinrichtungen bis 31. Dezember 2026

Die Ausschussvorsitzende führt in die Thematik ein. Die Verwaltung führt inhaltlich aus, dass die Zusatzmittel essentiell für die Qualitätssicherung an den Kitas sind und schlägt daher vor, dass unter Berücksichtigung der in der Vorlage genannten Einsparungen (Finanzierung der FSJ-/BfD-Kräfte im Rahmen des SQKM und u.a. Finanzierung über das Landesprogramm Sprachkita von Aufwendungen aufgrund höherer Quote an Kindern mit Migrationsbiographie) für ein Jahr die Mittel in bekannter Größenordnung weiter zu Verfügung gestellt werden, um dann mit den Trägern eine Evaluierung durchzuführen. Es soll keine Dopplung mit anderen Mitteln und aus anderen Töpfen erfolgen. Dennoch wird eine gewisse Planungssicherheit für die Träger erreicht. Die Verwaltung wird in der ausstehenden Evaluierung sehen, wie die Mittel eingesetzt wurden und ob auch aus anderen Töpfen Mittel generiert werden könnten.

Ausschussmitglieder hinterfragen die tatsächlichen Kosten für die zusätzlichen Qualitätsmittel und ob die Planwerte sich ggf. nach der Evaluierung für zukünftige Jahre weiter reduzieren werden. Ein Ausschussmitglied merkt an, dass als ein Ergebnis aus dem Workshop grundsätzlich eine fraktionsübergreifende Einigkeit darüber besteht, dass die Qualitätsmittel erhalten bleiben sollen. Allerdings gibt es auch Bedenken, dass die Kitas womöglich nicht den gleichen Anteil wie bisher haben werden. Eine weitere Frage aus dem Ausschuss bezieht sich auf die Mittel für die Sprachförderung bei kleineren Kitas. Der Bedarf ist dort ggf. gegeben und aus dem Programm des Landes fließen u.U. keine Mittel in der benötigten Höhe. Es wird hinterfragt, ob die Kosten der Sprachförderung durch die Mittel des

Landes voll kompensiert werden. Gleichzeitig sind die Anträge beim Land zu stellen und die Unterstützung der Verwaltung ist gefordert. Herr Bossert als sachkundiger Bürger ergänzt, dass der Bedarf an Sprachförderung nach seiner Wahrnehmung sehr hoch ist.

Ein Ausschussmitglied fragt nach, ob weiterhin eine Sprachfachkraft nachgewiesen werden muss, um die Förderung zu erhalten.

Die Verwaltung antwortet, dass weiterhin eine Sprachfachkraft nachgewiesen werden muss. Aus Sicht der Verwaltung werden die Mittel aus der Landesförderung höher sein als die bisherigen Mittel. Weiter führt die Verwaltung aus, dass die Sprachförderung in den Kitas durch die gesellschaftliche Entwicklung in der Vergangenheit immer weiter vorverlagert wurde von der Schule in die Kita.

Es wird seitens der Verwaltung angemerkt, dass auch insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation eine Diskussion und der Dialog mit den Trägern angestoßen und die Evaluierung betrieben werden soll.

Die Vorsitzende lässt über die vorliegende Vorlage abstimmen

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür (2 Grüne, 1 FDP, 1 SPD, 1 WAB)
2 Enthaltungen (2 CDU)**

2025/120

10. Finanzierungsvereinbarung für Ahrensburger Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ab 01. Januar 2026

Vor Beginn der Beratung weist die Verwaltung auf zwei redaktionelle Fehler in der Vorlage hin und bittet diese entsprechend bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen. Im Beschlussvorschlag muss das genannte Datum unter Nr. 1 von 01. Januar 2025 auf den 01. Januar **2026** geändert werden. In der Anlage 1 der Vorlage muss es im § 9 (2) richtig heißen: „Der Einrichtungsträger stellt sicher, dass die über die Kita-Datenbank nach §§ 3 und 33 KiTaG zu übermittelnden Daten spätestens **am 16. eines Monats** auf dem aktuellen Stand sind“. Die Verwaltung erläutert die Vorlage und geht dabei insbesondere auf die

Implementierung eines Monitoringsystems ein. Ein Ausschussmitglied sieht die freiwilligen Leistungen als zu hoch an und würde den Betriebskostenzuschuss bereits um 500.000,- € reduzieren wollen. Die Verwaltung führt aus, dass die Finanzierung der Kindertagesstätten keine freiwillige Leistung der Stadt Ahrensburg ist. Vielmehr besteht aufgrund der §§15 Abs. 1 i.V.m §15a KiTaG ein gebundener Rechtsanspruch der Kita-Träger auf den Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen mit der Standortgemeinde. Die Verwaltung führt weiter aus, dass eine pauschale Kürzung zum jetzigen Zeitpunkt ohne vorherige Evaluierung der Kosten Verwerfungen mit den Trägern zur Folge hätte, da diesen relativ kurzfristig u.a. die Planungsgrundlage entzogen werden würde. Die Notwendigkeit, das

gesamte Kostenmodell zu transformieren wird auch in der Verwaltung gesehen. Dafür soll das Jahr 2026 nach Erhalt der Plan- und Istkosten durch die Träger genutzt werden. Es soll dann auch gelingen, einen Überblick über die notwendigen Finanzströme zu erlangen (z.B. Fortbildung, Ausstattung, Verwaltungskosten).

Andere Ausschussmitglieder halten die in der Vorlage genannten Beträge und Kostensätze für nachvollziehbar.

Die Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (2 CDU, 2 Grüne, 1 FDP, 1 SPD, 1 WAB)

2025/084

11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Der Ausschuss diskutiert kurz, ob durch die Änderung der Tagesordnung nicht über den Haushalt zu entscheiden, auch die Beratung über Anträge zum Haushalt entfallen muss. Die Vorsitzende lässt über den Antrag eines Ausschussmitglieds, ob Anträge zum Haushalt 2026 beraten werden sollen, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 2 dafür (2 Grüne)
4 dagegen (2 CDU, 1 FDP, 1 SPD)
1 Enthaltung (1 WAB)**

Die Verwaltung teilt die 2. Veränderungslisten für die Haushaltsanmeldungen 2026 aus und erläutert in Kürze den geänderten Ansatz für den Austausch der Beleuchtungsanlage Peter-Rantzau-Haus vor dem Hintergrund von möglichen Einschränkungen für die Besucher:innen bzw. der Konsequenz der Einstellung des Betriebs bei Ausfall von Beleuchtung, wenn dies zur Folge hat, dass die Sicherheit der Besucher:innen nicht mehr gewährleistet ist.

11.1. AN/075/2025 - Antrag der FDP-Fraktion zum HH - eigene Unterkünfte für Wohnungslose

-vertagt-

11.2. AN/087/2025 - Antrag der CDU-Fraktion zum HH - Austausch Leuchtmittel PRH

-vertagt-

AN/090/2025

11.3. AN/090/2025 - Antrag des KiJub - Platz für Jugendliche

-vertagt-

11.4. AN/091/2025 - Antrag der SPD-Fraktion zum HH - Schulsozialarbeit

-vertagt-

11.5. AN/092/2025 - Antrag der SPD-Fraktion zum HH - Jugendzentrum 42

-vertagt-

11.6. AN/093/2025 - Antrag der SPD-Fraktion zum HH - Austausch Leuchtmittel PRH

-vertagt-

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1. Ausschuss-Sitzungen in Einrichtungen

Ein Ausschussmitglied regt an, zukünftig in unregelmäßigen Abständen die Ausschuss-Sitzungen auch mal wieder in den Einrichtungen stattfinden zu lassen um sich auch dort ein Bild machen zu können

12.2. Bauwagen / Hagen

Ein Ausschussmitglied fragt nach wie der Sachstand hinsichtlich der Aufstellung eines weiteren Bauwagens auf der Fläche Kita Am Hagen ist. Die Verwaltung berichtet, dass in einem Trägergespräch vor Ort mitgeteilt wurde dass ein Bauantrag zu stellen sei

Anmerkung der Verwaltung: Der Bauwagen steht nicht mehr zur Verfügung und wurde anderweitig vergeben

gez. Marie-Luise Bernhardt
Vorsitzende

gez. Michael Cyrkel
Protokollführer